

Linksregierungen Lateinamerikas in der Defensive

Dieter Boris

Der Augenschein

Es ist seit ca. 2 Jahren unübersehbar, dass die Linksregierungen (LR) in Lateinamerika in die Defensive geraten sind und in unterschiedlichem Ausmaß mit Popularitätsverlusten, Massenprotesten, ökonomisch-sozialen Problemen sowie mit verengten Verteilungs- und Handlungsspielräumen konfrontiert sind. Mit der Protestwelle vom Juni/ Juli 2013 in Brasilien und dem Tod von Hugo Chávez im März 2013 und den nachfolgenden Turbulenzen waren markante Wendepunkte erreicht. Der Wahlsieg des liberal-konservativen Kandidaten Mauricio Macri bei den Präsidentschaftswahlen in Argentinien im November 2015 und der rechten Kräfte bei den venezolanischen Parlamentswahlen Anfang Dezember 2015 stellen weitere scharfe Zäsuren für die regierende Linke in Südamerika dar.

Manche sprechen vom Anfang des Endes der LR oder vom „Auslaufen eines (progressiven) Zyklus“ (G. Almeyra). Andere lehnen diese Sichtweise ab, und einige Autoren meinen sogar, dass derartig pessimistische Einschätzungen der rechten Opposition zu arbeiten könnten. Seit einigen Monaten wird in lateinamerikanischen Zeitschriften und digitalen Medien eine heftige Debatte darüber geführt.

Erklärungen und Interpretationen

Viele Erklärungen und Interpretationen (Einschätzungen, Bewertungen) dieser Tendenzen scheinen unzureichend zu sein, da sie sich häufig auf einzelne Faktoren oder Oberflächenerscheinungen fokussieren: Das schlichte Nebeneinander-Stellen von positiven und negativen Resultaten linker Regierungstätigkeit bleibt ebenso unbefriedigend wie Hinweise auf Führungsschwächen, oder auf die (welt-) wirtschaftliche Rezessionsphase (die intern durchschlägt). Auch die von mancher Seite zu hörende „Erklärungen“, dass nun – mit der starken Abschwächung der Weltmarktpreise für Rohstoffe – die (vorausgesagten) Konsequenzen des „Neo-Extraktivismus“ voll zu Buche schlägen, oder, dass die Transformationsversuche der LR (in ihrer Herangehensweise) ohnehin von vorneherein zum Scheitern verurteilt gewesen seien, also hier – wenn man so will – eine „negative Geschichts-teleologie“ zum Ausdruck komme, vermögen nicht zu überzeugen. Auch die – zweifellos zutreffende, aber für sich genommen wenig erklärende – Beobachtung, dass die rechte Opposition (teilweise mit Hilfe externer, imperialistischer Hilfe) in einzelnen Ländern sich „modernisiert“ und gestärkt habe, könnte nur in einem größeren Kontext einen analytischen Stellenwert gewinnen.

Daher sind komplexere Erklärungen erforderlich, die sowohl den heterogenen Ausgangsbedingungen der (Mitte-)Linksregierungen in Lateinamerika als auch der Spezifika von deren Ansätzen gegenüber sozialdemokratischer und kommunistischer Politik in Europa, aber auch gegenüber früheren Ansätzen linker Politik (z.B. Cuba, Chile, Nicaragua) oder auch populistischer Politik Rechnung tragen. Hierzu im Folgenden einige Thesen zu

Grenzen und Defiziten der linken Regierungsprojekte und -praxen in Lateinamerika, die zu deren aktuellen Schwierigkeiten beigetragen haben.

Vom Anti-Neoliberalismus und Post-Neoliberalismus – wohin? Oder: Die Abwesenheit strategischer Diskussionen

Ausgangspunkt der Politik der LR war die diskursive Negation, aber nur partielle und selektive reale Abkehr von neoliberalen Orientierungen. Höhere Selbst- und Mitbestimmung der Bürger, Wiederherstellung der Staatlichkeit und des öffentlichen Raums gegenüber der Allmacht des Marktes und der universellen Privatisierungstendenz sowie Rückeroberung der nationalstaatlichen Souveränität waren die wichtigsten Zielpunkte der LR – neben der Anerkennung und Legitimierung der indigenen Lebenswelt. Die Neuausrichtung wurde vor allem in den Staaten mit verfassungsgebenden Versammlungen (Venezuela, Bolivien, Ecuador) diskutiert und für die neuen Verfassungen entsprechende Ziele formuliert. Aber eine konkrete Festlegung auf die angestrebte Gesellschaftsform ist dabei nicht geschehen. So ist es erstaunlich, dass die Diskussion über die Gesellschafts- und Staatsziele seit einigen Jahren offenbar – wenigstens in der Öffentlichkeit und der Bevölkerung im allgemeinen – kaum weiter geführt wurde (und wird). (Siehe z.B. die Bemerkungen dazu von Edgardo Lander, 2015, zur Situation in Venezuela).

Dadurch kann der Eindruck erweckt oder nahegelegt werden, dass es vor allem darauf ankomme, die bisher erreichten sozialen und politischen Verbesserungen (Armutreduktion, Ungleichheitsbekämpfung, Lohnsteigerungen etc.) zu halten und vielleicht auszubauen seien, aber nicht länger eine tiefer gehende gesellschaftlichen Transformation anzustreben. Dies scheint einer der Gründe dafür zu sein, dass in einigen Ländern relativ überraschend sich soziale Bewegungen (mit großer Öffentlichkeitswirkung) artikulierten (z.B. Brasilien 2013, Venezuela 2014, Ecuador 2015), die teilweise auf Versäumnisse der LR hinwiesen. Das Verhältnis von Anti-Neoliberalismus und Anti-Kapitalismus scheint kaum explizit thematisiert zu werden. Manche Beobachter sehen hier implizit einen „doppelten Diskurs“ nicht nur im herkömmlichen Sinne von Diskrepanz zwischen Forderungen und realer Praxis, sondern spezifisch für die LR in der „Spannung zwischen zeitlichen Erzählungen des Kurzfristigen und des Langfristigen“, „die gegenseitig widersprüchlich aber wahr sind, da sie sich auf unterschiedliche zeitliche Horizonte beziehen.“ (Coronil 2015:57) Fernando Coronil präzisiert und konkretisiert diesen „doppelten historischen Diskurs“ zudem noch für die beiden Ländergruppen (Venezuela, Ecuador, Bolivien) einerseits, die andere, gemäßigte Ziele verfolgende Gruppe (Brasilien, Argentinien, Chile) andererseits weiter. In der erstgenannten Gruppe, „wo sozialistische Ideale ständig proklamiert werden, herrscht eine enge Verknüpfung zwischen kurz – und langfristigem auf politischer Ebene, aber eine starke Trennung zwischen beidem auf ökonomischer Ebene.“ In der zweiten Gruppe, „wo sozialistische Ideale abgeschwächt werden, bekräftigen Politik und Wirtschaft sich auf kurze Sicht tendenziell gegenseitig, während sie die lange Sicht in eine immer weniger sichtbare Zukunft verschieben“ (Ebd.: 58).

Geringere Ausweitung des gesellschaftlich-öffentlichen Sektors als ursprünglich vorgesehen, und wenn, dann eher quantitativ und weniger qualitativ

Die Ansätze zur Umwandlung vorgefundenen ökonomischen Strukturen weisen in den Ländern der LR unterschiedliche Akzente und unterschiedliche Intensitäten auf. Ein

wichtiges Kriterium dafür, in welchem Ausmaß die anti-neoliberale Orientierung realisiert und tiefgreifende Veränderungen begonnen wurden, kann in der quantitativen und qualitativen Entwicklung des öffentlichen Sektors (im weitesten Sinne), der dort getätigten Investitionen, der geschaffenen Zugangsmöglichkeiten, der Qualifizierung des dort tätigen Personals etc. gesehen werden. Bei manchen LR-Ländern ist die quantitative Ausweitung (z.B. des Bildungssektors) teilweise zu Lasten der Qualität und Effizienz gegangen, was vor allem für Venezuela und möglicherweise auch für andere Länder mit LR gelten dürfte. (Siehe hierzu generell: Peters 2011)

Bei Brasilien und Argentinien zeigt sich auf diesem Feld des öffentlichen Sektors im Allgemeinen ein widersprüchliches Bild: Einerseits Versuche den öffentlichen Sektor partiell auszubauen: in Subsektoren der Bildung, z.B. dem Universitätsbereich; im öffentlichen Verkehrssektor (z.B. Eisenbahnen in Argentinien). Andererseits gibt es in einigen Bereichen eine Expansion privater Dienstleistungen, so z.B. soll in Brasilien der Sektor der privaten Einrichtungen im Sekundarschulbereich gerade in den letzten Jahren schneller als der der öffentlichen Schulen gewachsen sein. Das gleiche Missverhältnis scheint für Brasilien im Verkehrs- und Gesundheitsbereich zu bestehen.

Eine Restriktion für den Ausbau des öffentlichen Sektors stellten auch die relativ einnahmeschwachen und regressiven (also die niedrigen Einkommensbezieher überdurchschnittlichen belastenden) Steuersysteme dar. Trotz Steigerung der Steuereinnahmen, ist ihr regressiver Charakter auch unter den progressiven Regierungen nicht eindeutig (tief greifend) verändert worden (Iñiguez 2015). Aktuell zeigt das Beispiel Ecuador auf welch starke Widerstände Ansätze einer progressiven Steuerreform treffen – selbst bei Bevölkerungsgruppen, die selbst von der steuerlichen Umverteilung kaum negativ betroffen wären (Ospina Peralta 2015). „Versuche, die regressive Wirkung des Steuersystems abzumildern, konnten zum Teil auch unter schwierigen politischen Voraussetzungen abglockt werden, und dann, wenn tatsächlich ein progressives Steuersystem etabliert wurde, scheiterte dies an einer überforderten und korrupten Steuerverwaltung. Nicht umsonst wurden die Proteste gegen staatliche Reformversuche besonders schrill, wenn es darum ging, mithilfe einer verbesserten Steuerverwaltung schon bestehende Steuergesetze auch wirklich anzuwenden.“ (Boeckh: 2011: 86). Genau dies scheint der Haupthintergrund der aktuellen Proteste in Ecuador zu sein!

Ökonomisch-soziale Defizite

So wie die „Wiederherstellung des Öffentlichen“ und grundlegende Veränderungen im (regressiv wirkenden) Steuersystem auch unter anti-neoliberalen Regierungen nicht oder nur unzureichend angegangen wurden, ist auch die Steuerungsfähigkeit der Wirtschaft insgesamt bzw. die Veränderung der ökonomischen Grundstrukturen in Richtung auf stärkere Diversifizierung und interne Verkettung der Zweige und Sektoren nicht wirklich vorangekommen.

Auch jenen Ländern, in denen das industrielle Wachstum überproportional (gegenüber dem BIP-Wachstum) war (wie beispielsweise in Argentinien von 2003–2009), blieben die alten Probleme im Wesentlichen die gleichen; was auch bedeutete, dass nach Ende der Periode des Zusammentreffens günstiger Faktoren von ca. 2002/03 bis etwa 2012/13 (kräftige Expansion der Weltwirtschaft, hohe Preise für Rohstoffe vor allem durch die enorme Nachfrage aus China, zeitweise Unterbewertung der eigenen Währung, günstige Bedingungen für Kredite und Staatsanleihen etc.) die alten, bekannten Schieflagen (stei-

gendes Inflationstempo, wachsende Haushaltsdefizite, Handelsbilanzdefizite, Schwund der zuvor aufgehäuften Devisenreserven etc.) sich wieder einstellen. Der seit 2012/13 zu beobachtende, teilweise drastische Rückgang der Rohstoffpreise (durch Umkehr der oben genannten Faktoren) hat die Schwächen einer vor allem auf Rohstoffexport basierten Wachstumsstrategie wieder einmal offen gelegt und hat im Zusammenhang mit den anderen strukturellen Schwächen peripherer Ökonomien zu beträchtlichen Schwierigkeiten für die Fortsetzung einer progressiven Wirtschafts- und Sozialpolitik geführt. Auch wenn die einzelnen Länder der LR in Lateinamerika unterschiedlich auf diese Situation vorbereitet waren, liegen die enormen wirtschaftlichen Konsequenzen auf der Hand.

Der argentinische Ökonom Lo Vuolo hat dies treffend für sein Land zusammengefasst, wovon sich vieles auch auf die anderen Länder mit LR übertragen lässt: 1. Konzentrierte Spezialisierung und Einbindung in den Weltmarkt auf der Basis von Rohstoffen. 2. Profunde Unterschiede der Produktivität zwischen Sektoren, Unternehmen und Regionen. 3. Sehr ungleiche Konsummuster, die zudem von Importen stark abhängen. 4. Knappheit an Devisen gegenüber den Handels- und Finanzverpflichtungen. 5. Regressive Steuerstrukturen – trotz besserer Eintreibung –, die ungenügend ist, um die versprochenen (gesetzlich festgelegten) öffentlichen Ausgaben finanzieren zu können. 6. Größere ökonomische Konzentration (und des Reichtums) sowie eine noch stärkere Auslandskontrolle bei den Top-Unternehmen. 7. Hohe Gewinne in Aktivitäten mit Rentencharakter (wobei viele davon mit staatlichen Sektoren verbunden sind).

Diese Tendenzen, im Verein mit einer mehr oder minder deutlichen Verringerung der Bedeutung des industriellen Sektors („Reprimarisierung“) werden in manchen Ländern – wie z.B. Brasilien – durch einen (traditionell) hohen Leitzins und einer häufigen Überbewertung der Landeswährung dadurch beschleunigt, dass oft Investitionen in die verarbeitende Industrie immer unattraktiver werden; d.h., dass die nach wie vor vorhandenen Machtkonstellationen in der Wirtschaft den nationalen und internationalen Finanzsektor eindeutig privilegieren (siehe für den Fall Brasiliens: Quiroga 2014.8ff.)

Diesen ökonomischen Defiziten entsprechen fortdauernde soziale Probleme: 1. Immer noch hoher Anteil prekärer Arbeitsverhältnisse und solcher Arbeitsverhältnisse mit sehr niedriger Entlohnung. 2. Sehr ungleiche Verteilung der Einkommens und des Reichtums. 3. Soziale Systeme mit differenziertem Zugang zu den Dienstleistungen und Transfers (die ärmsten haben den schlechtesten Zugang). 4. Hohe Niveaus von Armut, wobei die Einkommen sich bei starkem ökonomischen Wachstum verbessern (und die Armutsquote vorübergehend sinkt), dann aber in Perioden der Rezession steigen die Armutsquoten rasch wieder an. (siehe z.B. Lo Vuolo 2015 sowie Pinazo 2015)

Von relativer Zufriedenheit zu Passivität und Entpolitisierung auf Regierungs- und Bevölkerungsseite zugleich

Dennoch gab es spürbare Verbesserungen der ökonomisch-sozialen Lage bei großen Teilen der Bevölkerung Lateinamerikas, besonders in Ländern mit LR (Armutsreduktion, leichte Verringerung der Einkommensungleichheit, Sozialleistungsausbau, Zugangserweiterung der wenig verdienenden Sektoren zu öffentlichen Dienstleistungen und Transfers, bessere politische Partizipationschancen etc.) Nur so ist die Wiederwahl praktisch aller LR zu erklären.

Allerdings scheint ab einem bestimmten Punkt eine gewisse Stagnation eingetreten zu sein, gepaart mit Routinisierung, Bürokratisierung der exekutiven Organe, Einzelfällen

von Korruption, Nepotismus etc. – wahrscheinlich schon vor dem Sichtbarwerden der ökonomischen Rezession seit 2012/13. Die damit wachsende Unzufriedenheit äußerte sich zunächst nur sporadisch und überwiegend auf kommunaler Ebene; in großem Umfang seit Mitte 2013 (speziell in Brasilien), verstärkt nun durch die Kumulierung von ökonomischer Rezession, Verengung ökonomischer Spielräume, bei gleichzeitiger krasser, sehr sichtbarer und spürbarer Verschwendung und Fehlallokation beträchtlicher Ressourcen (im Zusammenhang mit den zahlreichen Vorbereitungen, Bauvorhaben und Infrastrukturprojekten, die ganz im Zeichen nicht gemeinnütziger Zielsetzungen und von Mega-Sportereignissen standen), Häufung von Korruptionsfällen und wachsendem staatlichen Autoritarismus.

Wichtig scheint zu sein, dass bis zu diesem Zeitpunkt sich zwei Tendenzen verschränkten: Einerseits die einer gewissen Passivität, Routinisierung und Entfremdung von ursprünglichen Zielsetzungen seitens der Regierungen, die deutliche Verschleißerscheinungen und öfters eine Haltung des „Weiter-so“ aufwies. Andererseits aber die Tendenz nicht unerheblicher Bevölkerungsteile aus unteren und teilweise mittleren Segmenten, die einer gewissen Konsum- und Aufstiegsorientierung anhängen und an eine sich linear fortsetzende Vorwärtswentwicklung glauben wollten. Beides führte zu mehr oder minder deutlichen Zeichen von Entpolitisierung und der Entfernung von ursprünglichen (früheren) Kampfzielen. Solidarisches Handeln ist vielfach individuellem Konkurrenzverhalten – gerade während der Krise der letzten Jahre – gewichen (Lander 2015). Politischer Kampf, Mobilisierung, Organisation und lebhaft Diskussionen um Mittel und Ziele der weiteren Entwicklung blieben im politischen Establishment, auch z.B. bei einer führenden Partei der Linken Lateinamerikas, dem brasilianischen Partido dos Trabalhadores (PT), weitgehend aus und waren höchstens noch auf sporadisch und punktuelle Proteste von kleinen oder lokalen sozialen Bewegungen beschränkt.

Aufbrechen der Stabilitätskonstellation und Beginn der Massenproteste

Die Proteste nahmen zu, als sich andeutete, dass die „sozialen Errungenschaften“ vorübergehend und rücknehmbar sein könnten; dass sie in mancher Hinsicht nur scheinbar oder widersprüchlich waren (wenn z.B. trotz Jobs oder Realloohnerhöhung sich die übrigen Lebensbedingungen gleichzeitig verschlechtert hatten – durch stundenlange Verkehrsstaus, extreme Umweltverschmutzung, höhere Mieten oder geringe öffentliche Sicherheit etc.); dass im Übrigen eine konsequente Wiedererlangung der öffentlichen Dimension in der Politik kaum erreicht war; dass die Ziele größerer sozio-ökonomischer Gleichheit noch weit von ihrer Realisierung entfernt waren und die effektive Partizipation und Mitbestimmung bei wichtigen politischen Entscheidungen weithin illusionär geblieben waren. Auf der politischen Rechten sind hingegen zunehmend offen artikulierte Ressentiments gegenüber selbst beschränkten Minderungen der sozialen Distanz zwischen reich und arm festzustellen, sehr prononciert im sozial extrem polarisierten Brasilien.

In bestimmten Konstellationen haben rechte Kräfte in ursprünglich progressiv konnotierten und durch Defizite in der öffentlichen Infrastruktur ausgelösten Protesten einen zunehmend reaktionären Charakter verliehen. Dieser relative Zusammenfluss von eher linken und rechten Protestströmungen ist vor allem in Brasilien und Ecuador zu beobachten gewesen.

Es muss nicht eingehend ausgeführt werden, dass dieses Phänomen einer scheinbar „geballten Opposition“ für die LR eine große Gefahr darstellt. Die nun schon länger andau-

ernde Rezessionslage(deren Ende noch nicht in Sicht ist) und der aufgestaute Unmut könnten sich gegenseitig aufschaukeln und die politische Krise verschärfen. Die Legitimationsbasis der LR könnte weiter abbröckeln, was wiederum die Rechte – wie besonders in Brasilien und Venezuela, weniger deutlich in Ecuador, vielleicht bald auch stärker in Bolivien – animieren könnte, ihre staatsstreichähnlichen Vorstöße (via verallgemeinerter Schaffung von „Chaos) zu intensivieren.

Was könnten/ müssten die LR tun, um ein Desaster aufzuhalten?

Es kann hier natürlich nicht um Ferndiagnosen und Ferntherapie-vorschläge aus dem Kopf nichtbeteiligter „europäischer Intellektueller“ gehen; in letzter Instanz müssen die verantwortlichen Politiker und Aktivisten der Linken vor Ort die Analyse der Situation selbst vornehmen und entsprechende Konsequenzen ziehen. Damit diese – wie zu wünschen ist – schonungslosen und rigorosen Analysen wirksam werden, müssen die daraus folgenden Handlungserfordernisse durch die Köpfe der handelnden Kollektive und Massen hindurch gehen. Erst dann besteht die Chance zu geschichtswirksamen Eingriffen in die ablaufenden Prozesse. Dennoch scheint es legitim zu sein, darüber zu reflektieren, wie die progressive Entwicklung seit ca. 15 Jahren gerettet bzw. aufrechterhalten werden könnte. Dies scheint aber nur möglich zu sein, wenn die begonnenen Transformations-schritte vertieft und institutionalisiert werden. Ein bloßes „Auf- der-Stelle treten“ wäre – unter den obwaltenden Bedingungen/Kräfteverhältnissen – mit deutlichen Rückschritten gleichzusetzen.

1. In der sozialen, politischen und kulturellen Linken – im weitesten Sinne – müsste intensiv(er) über die Ursachen der aktuellen Lage und über notwendige kurz- und mittelfristige Maßnahmen diskutiert werden. Verbunden werden sollte eine derartige offene und breite Debatte mit Vorschlägen zu unterschiedlichen Optionen für strategische und langfristige Zielsetzungen. Insbesondere die Frage des Verhältnisses von Neoliberalismus und Kapitalismus bzw. von Anti-Neoliberalismus und Anti-Kapitalismus müssten wesentlich stärker ins Blickfeld gerückt werden.
2. Es müssten Korrekturen in der Politikauffassung, der Organisation und Mobilisierung der Linken vorgenommen werden, die demokratischen Kontrollmechanismen und interne Transparenzgebote überprüft bzw. neu in Kraft gesetzt werden. Nur so ist eine stärkere und massenhafte Präsenz in der Politik denkbar und nur auf diese Weise können die eingetretene Entpolitisierung sowie die teilweise extremen Formen von konsumindividualistischen Tendenzen wieder aufgefangen und zurückgedrängt werden.
3. Vorrangig ist die Ausweitung und qualitative Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen, unter Mitgestaltung der kommunal und regional unmittelbar Betroffenen, wobei die demokratisch ermittelten Prioritäten umgehend auf die Tagesordnung zu setzen wären.
4. Eine Umgestaltung der Wirtschaft in Richtung auf Ernährungssouveränität, auf Binnenmarktverstärkung, auf Diversifizierung und tendenzielle Homogenisierung der Produktionsstrukturen sowie unter Einbeziehung und Forcierung einer stärkeren intra-regionalen Arbeitsteilung müsste viel weiter in den Vordergrund rücken. Dies würde freilich implizieren, dass die internationalen Wertschöpfungsketten der ausländischen transnationalen Konzerne wesentlich eingeschränkt und verändert werden müssten.

5. eDabei müssten natürlich auch die Positionen des Kapitals zugunsten eines vergesellschafteten Bereichs der Produktion zurückgedrängt und eingeschränkt werden. Auch der öffentliche Finanzsektor wäre – nicht zuletzt qua Reform der Steuersysteme – ebenso auszudehnen wie z.B. der Sektor der öffentlichen Entwicklungsbanken.
6. Eine Revision der starken, rohstofforientierten Außenabhängigkeit müsste innerhalb der ökonomisch-sozialen Umstrukturierungen besondere Aufmerksamkeit erfahren. Eine ökologisch tragbare, von der Bevölkerung akzeptierte und verhandelte Politik der Rohstoffgewinnung wäre anzustreben.

Diese und sicherlich noch zahlreiche andere politischen Aufgaben mehr oder minder gleichzeitig und mit Elan und Zuversicht anzugehen, kommt fast einer herkulischen Anstrengung gleich, die alle Kräfte der Linken erfordern würde. Aber ohne klare Versuche der Revision, der Erneuerung und Re-Politisierung der Tätigkeit der LR könnten diese bald an ihr Ende gelangen. Damit wären nicht nur die jeweiligen Bevölkerungen dort für längere Zeit zurückgeworfen, sondern die Linke überall – auch außerhalb Lateinamerikas – um eine große Hoffnung ärmer.

Literatur

- Boeckh, Andreas (2011) Staatsfinanzierung und soziale Gerechtigkeit in Lateinamerika. In: Wehr Ingrid/ Burchardt, Hans-Jürgen: Soziale Ungleichheiten in Lateinamerika, Baden-Baden, 71–90.
- Coronil, Fernando (2015) Die fragile Zukunft: Geschichte und Utopie in Lateinamerika (1989–2010). In: Roth, Julia (Hg.): Lateinamerikas koloniales Gedächtnis, Baden-Baden, 27–68.
- Iñiguez, Alfredo (2015) Estado y tributos en América Latina. In: Nueva Sociedad, No.258, Julio-Agosto.
- Lander, Edgardo (2015) El tejido solidario devino en un bachaqueo individualista y competitiva, in: <http://contrapunto.com/noticia/edgardo-lander-el-tejido-solidario-devino-en-un-bachaqueo-individualista-y-competitiva>.
- Lo Vuolo, Rubén M. (2015) Argentina: problemas económicos y sociales perdurables. In: Clarín, 2.Septiembre 2015.
- Ospina Peralta, Pablo (2015) ¿Por qué protestan en Ecuador? Rafael Correa y el fracasado aumento del impuesto a las herencias. In: Nueva Sociedad, No 258, Julio-Agosto.
- Peña Lopez, Alejandra (2015) ¿Hacia un Estado meritocrático? Las tensiones del cambio en el Ecuador de la Revolución Ciudadana. In: Nueva Sociedad, No. 258, Julio-Agosto.
- Peters, Stefan (2011) Bildung als Privileg: Bildungspolitik in Lateinamerika. In: Wehr, Ingrid/ Burchardt, Hans-Jürgen (Hg.): Soziale Ungleichheiten in Lateinamerika, Baden-Baden, 201–225.
- Pinazo, Eduardo (2015) ¿Neo-desarrollismo argentino? Un analisis de la economía argentina entre 2003 y 2012: novedades macroeconómicas y continuidades estructurales, unveröff.Ms..
- Quiroga, Yesko (2014) Vom Auf- zum Absteiger? Wirtschaftliche Entwicklung, Macht und halbe Wahrheiten in Brasilien (FES-Internationale Politikanalyse), Oktober 2014, Berlin.